

Schlages herbeizuführen. Bei einer Zurückziehung ist der Nationalrat bzw. der zuständige Ausschuß der Nationalen Front berechtigt, bis spätestens 5 Tage vor der Wahl einen anderen Kandidaten zu benennen. Das W. sichert den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlhandlung sowie der Feststellung des Wahlergebnisses. Gewählt sind diejenigen Kandidaten, die die Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Erhält eine größere Zahl der Kandidaten mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, als Mandate im jeweiligen Wahlkreis vorhanden sind, entscheidet die Reihenfolge der Kandidaten auf dem Wahlvorschlag über die Besetzung der Abgeordnetenmandate und über die Nachfolgekandidaten. Gegen die Gültigkeit der Wahl kann binnen 14 Tagen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses vom Nationalrat bzw. von den zuständigen Ausschüssen der Nationalen Front bei den jeweiligen Volksvertretungen Einspruch eingelegt werden. Die Volksvertretung entscheidet über den Einspruch. Die auf der Grundlage des W. der DDR durchgeführten Wahlen zu den Volksvertretungen sind ein überzeugender Ausdruck der Souveränität des Volkes und der engen Verbundenheit der Wähler mit ihrem sozialistischen Staat. Demgegenüber ist das W. in kapitalistischen Staaten Ausdruck und Sicherung der Herrschaft einer kleinen Minderheit über die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Masse der anderen Werktätigen (—> 'bürgerliches Wahlsystem').

Wahlsystem: das politische, rechtliche und organisatorische Verfahren der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Vertretungskörperschaften eines Staates. Das W. in der DDR umfaßt alle mit den Wahlen zu den Volksvertretungen im Zusammenhang stehenden politischen und rechtli-

chen Erscheinungen, so insbesondere das —> *Wahlrecht*, die —\* *Wahlgrundsätze*, die Wahlorganisation, die praktische Tätigkeit der an der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen beteiligten staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte, die demokratische Aussprache mit der Bevölkerung u. a. Der konkrete Inhalt des W. folgt aus dem Charakter der Machtverhältnisse in der DDR und dem Wesen der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Ihm entsprechen unverzichtbare sozialistische Wahlprinzipien, wie die Leitung der Wahlen durch demokratisch gebildete Wahlkommissionen, die Volksaussprache über die Grundfragen der Politik und die Aufstellung und Prüfung der Kandidaten durch die Wähler. Das W. in der DDR steht völlig im Gegensatz zu den verschiedenen —> *bürgerlichen Wahlsystemen* und widerspiegelt die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, das feste Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen Werktätigen; es macht die Vereinigung aller Kräfte des Volkes zum gemeinsamen Handeln für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft durch die Parteien und Massenorganisationen in der Nationalen Front der DDR deutlich. Sichtbarer Ausdruck dafür sind: die Wahlauftrufe der Nationalen Front sowie die Vereinigung der Wahlvorschläge der Parteien und Massenorganisationen zum gemeinsamen Vorschlag der Nationalen Front. Wahlen dienen der Festigung der Machtverhältnisse. Sie sind so zugleich Instrumente der —> *sozialistischen Demokratie*. In besonderem Maße tragen sie dazu bei, die Verantwortung der Bürger für ihren sozialistischen Staat und auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu erhöhen. Deshalb liegt das